Haushaltsrede 2005

CDU-Fraktion --- 17. März 2005

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse!

Man sagt :“Es gibt immer ein erstes Mal !“

Heute darf ich , in Vertretung unseres erkrankten Vorsitzenden Ulrich Brandt, dem ich von hier aus gute Besserung wünsche, zum ersten Mal die Haushaltsrede der CDU Fraktion vortragen..

Für viele unter uns hatten die Haushaltsberatungen 2005 Premierecharakter. Einige waren vielleicht enttäuscht über den begrenzten Gestaltungsspielraum. Aber trösten Sie sich, denn diese Erfahrungen haben wir in unterschiedlichen Ausprägungen alle gemacht. Leider – und das macht uns allen Sorge – wird dieser Gestaltungsspielraum durch finanzielle Engpässe infolge knapper Mittel immer enger.

Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden in NRW können wir den Haushalt 2005 – wenn auch mit dem Schönheitsfehler des Griffs in die Rücklagen in Höhe von ca. € 1 Mio. – erreicht werden. Wichtig erscheint es uns aber auch festzustellen, dass dieser Ausgleich ohne Steuererhöhungen und ohne neue Kreditaufnahmen erreicht werden konnte. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass wir es wiederum mit einem strukturell unausgeglichene Haushalt zu tun haben, der u. a. auch im Hinblick auf Hartz IV noch einige Risiken in sich birgt.

Wenn wir im Vergleich mit vielen anderen Kommunen in NRW wirtschaftlich noch einigermaßen „gut“ dastehen und heute noch ohne Haushaltssicherungskonzept auskommen, so ist das sicherlich auch mit der sparsamen Haushaltspolitik in den zurückliegenden Jahren begründet, zu der wir als CDU – Fraktion entscheidend beigetragen haben. Diese bereits in den zurückliegenden Jahren praktizierte zurückhaltende Ausgabenpolitik haben wir auch in diesem Haushaltsjahr beibehalten, zumal wir im laufenden Haushaltsjahr – wie bereits ausgeführt – evtl. noch mit unliebsamen, negativen Überraschungen rechnen können, die von uns als Rat leider nicht beeinflussbar sind.

Zu Beginn unserer Betrachtungen – in denen zuerst der Verwaltungshaushalt im Vordergrund stehen soll – ein Wort zum Anteil der Personalkosten von ca. 20 % am gesamten Verwaltungshaushalt. Auch diese Kostenplanung ist sehr eng bemessen, da sie u. a. die Annahme enthält, dass 2005 keinerlei Veränderungen – auch nicht tariflicher Natur – eintreten. Dieser Anteil steht dennoch – gemessen an den Personalkosten anderen Kommunen – überaus günstig dar. Er ist ein Indiz für eine überaus effiziente Verwaltungsarbeit. Wir alle bescheinigen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung eine engagierte Arbeitsweise. Nur wenn alle mitziehen, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das umfangreiche Arbeitspensum bewältigen. Darum wird es auch unter dem Gesichtspunkt des unbestreitbaren hohen Auslastungsgrades und mit Blick auf die weitere Kostenentwicklung unsere Pflicht sein, bei unseren Beratungen und Beschlüssen die daraus resultierende Arbeitsbelastung für die Verwaltung im Auge zu behalten. Gleiche Zurückhaltung erwarten wir aber auch vom Gesetzgeber in Bund und Land, der hoffentlich zukünftig keine zusätzlichen Aufgaben mehr an die Kommunen delegieren wird.

Schon hier möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die mit Ihrem Einsatz erst dieses erfreuliche Arbeitsergebnis ermöglicht haben und darüber hinaus trotz hoher Arbeitsintensität die von uns allen gewünschte Bürgerfreundlichkeit nicht vermissen ließen.

Eine weitere wesentliche Position bei den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes stellt die Kreisumlage dar. Wir alle sind froh darüber, dass der Landrat bei Aufstellung des Kreishaushaltes die Kosten der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entsprechend der Praxis des „Herforder Modells“ herausgerechnet hat. Daraus resultiert eine Reduzierung des zunächst vorgesehenen Umlagesatzes um acht Prozentpunkte.

Dieses Verfahren hat jedoch zur Folge, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung – nicht wie ursprünglich vorgesehen durch die Kreisumlage vorfinanziert werden – im Gemeindehaushalt mit 370.000 Euro zu Buche schlagen. Demgegenüber reduzieren sich die Ausgaben für Sozialhilfe der Gemeinde um ca. 190.000 Euro, so dass für Ostbevern ein Mehraufwand von 180.000 Euro verbleibt. Bei diesem Verfahren wird eine hohe Kostentransparenz sichergestellt, die es ermöglicht, pro Kommune die tatsächlich entstandenen Kosten spitz abzurechnen. Wenn nach Verabschiedung des Gesetzes von Regierungspolitikern vollmundig erklärt wurde, die Gemeinden würden insgesamt mit 2.5 Mrd. Euro entlastet, so wird leider Ostbevern davon aus jetziger Sicht nicht begünstigt sein. Bleibt zu hoffen, dass Herr Clement seine Zusage, keine Gemeinde würde draufzahlen müssen, einhält und mindestens die tatsächlich entstandenen Kosten erstattet. Verständnislosigkeit können in Anbetracht dieser Zahlen Vorschläge aus dem Regierungslager ernten, die Kommunen könnten die Ersparnisse aus Hartz IV in Kinderbetreuungsprojekte investieren. Im Falle Ostbevern müssten für derartige Maßnahmen zusätzliche Mittel aus Berlin bereitgestellt werden.

Für die Instandhaltung öffentlicher Gebäude, und hier sind insbesondere unsere Schulen betroffen, stehen insgesamt 166.000 Euro zur Verfügung. Die Steigerung dieser Haushaltsposition gegenüber dem Vorjahr ist mit erhöhtem Sanierungsbedarf an der St.-Ambrosius-Grundschule und der Josef-Annegarn-Hauptschule begründet.

In diesem Zusammenhang erklären wir als CDU-Fraktion eindeutig, dass wir für Ostbevern sowohl im schulischen Bereich möglichst zügig den Weg zur „Offenen Ganztagschule“ als auch zur „Verbundschule“ ebnen wollen. Es wäre verfrüht, zu diesem Zweck schon heute Haushaltsansätze zu schaffen, ohne zu wissen, wie letztendlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Düsseldorf gestaltet werden und welche schulischen Konzepte für Ostbevern in die Tat umgesetzt werden sollen, zumal davon auszugehen ist, dass ausgabenwirksame Aktivitäten frühestens in 2006 gestartet werden können.

Gerade ein schlüssiges Konzept liegt uns als CDU für unsere Kinder sehr am Herzen. Wir möchten keine offene Ganztagschule, die nur eine gesicherte Betreuung beinhaltet. Nach unseren Vorstellungen ist vielmehr ein Konzept zu entwickeln, dass unsere Kinder sowohl im schulischen, persönlichen, musischen als auch im sozialen Bereich Kompetenzen vermittelt, die für ihre Entwicklung und ihr späteres berufliches Fortkommen nützlich sind. Eine interne Arbeitsgruppe der CDU-Fraktion befaßt sich bereits intensiv mit dieser Thematik. In diese Diskussion werden wir auch die Lehrerschaft, die Eltern sowie die für ein derartiges Programm in Frage kommenden Institutionen oder Vereine einbeziehen.

Aus heutiger Sicht müssen wir jedoch feststellen, dass die hervorragende Arbeit unseres Schulkinderhauses einen qualitativen Standard geschaffen hat, der sich mit den in den Planungen des Landes für die Gemeinden vorgesehenen Mitteln, nicht aufrecht erhalten läßt. Deshalb erscheint es uns sinnvoll, die Arbeit des Schulkinderhauses so lange wie möglich aufrecht zu erhalten und darüber hinaus nach Wegen zu suchen, die der vorhandenen Nachfrage nach Ganztagsplätzen Rechnung trägt. Wir wollen nicht in Abrede stellen, dass in Gemeinden ohne bisherige Betreuungsmöglichkeit das Konzept der Landesregierung für die „Offene Ganztagschule“ als Zugewinn anzusehen ist. Für Ostbevern aber sehen wir auf Dauer einen qualitativen Rückschritt. Die Aussagen der CDU-Landtagsfraktion zur offenen Ganztagschule tragen unseren Vorstellungen

Rechnung und würden uns helfen, das festgestellte Qualitätsdefizit auszugleichen. Hier werden wir jedoch das Ergebnis der Landtagswahl im Mai abwarten müssen und bis dahin an einem für Ostbevern maßgeschneiderten Schulkonzept für eine „Offene Ganztagschule“ weiterarbeiten.

Auch das Prinzip mehrerer Schulformen unter einem Dach mit dem Arbeitsbegriff „Verbundschule“ werden wir weiter vorantreiben, um so für Ostbevern ein leistungsfähiges, finanzierbares und im Bestand gesichertes Realschulangebot machen zu können. Auch hier müssen zunächst die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen im vollen Umfang geklärt sein, um für Ostbevern in eine konkrete Planung einzusteigen. Auch hier sahen wir nicht die Notwendigkeit, entsprechende Mittel in den Haushalt 2005 einzustellen.

Für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist in Ostbevern Bedarf vorhanden. Die CDU-Fraktion sieht in der Bereitstellung eines bedarfsgerechten Platzangebotes u. a. einen wesentlichen Beitrag, jungen Familien die Entscheidung zum Kind wieder leichter zu machen. Gleichzeitig verbessert sich dadurch auch die Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder.

Durch Kooperation mit der „Mutter-Kind-Hilfe“ sind wir schnell zu einer Lösung gekommen, die kurzfristig zu einer Ausweitung des Angebotes führt und für die Gemeinde von den Kosten her zu schultern ist. Die dazu notwendigen Mittel für dieses Jahr sind in den Haushalt eingestellt.

Die dem Jugendwerk bereitgestellten Mittel sichern weiterhin die erfolgreiche offene Jugendarbeit für Ostbevern. Wir sehen nach wie vor ausreichend Ansatzpunkte, die weiterhin die Arbeit des Jugendwerkteams in Ostbevern im unveränderten Umfang erforderlich macht. Auch die vom Jugendwerk durchgeführten Projekte erfahren eine hohe Akzeptanz. Deswegen ist es uns unverständlich, wenn Mitglieder anderer Fraktionen die Arbeit des Jugendwerkes in Gesprächen teilweise in Frage stellen und eine Kürzung der bereitgestellten Mittel für diskussionswürdig halten.

Auch in diesem Jahr ist es uns gelungen, die Vereine, Verbände und Institutionen im sozialen, kulturellen und auch sportlichen Bereich ohne Kürzung der Gesamtsumme in ihrer Arbeit zu unterstützen. In einzelnen Bereichen haben wir Umschichtungen vorgenommen, die auch der zusätzlichen Unterstützung der Jugendarbeit innerhalb einiger Vereine zu Gute kommen. Im Vorgriff auf den Vermögenshaushalt weisen wir an dieser Stelle darauf hin, dass der bereits für 2005 geplante Zuschuß zur Anschaffung eines Voltigierpferdes haushaltsrechtlich abgesichert wurde. Weiterhin werden durch Zuschüsse die Anschaffung einer neuen Beschallungsanlage sowie die Erweiterung der Flutlichtanlage im Beverstadion gefördert, was die Voraussetzungen zur Durchführung sportlicher Veranstaltungen und Aktivitäten verbessert. Auch der Ortsteil Brock kann mit dem wie bisher gezahlten Zuschuß von 500 Euro für ihren, alle fünf Jahre, stattfindenden Erntedankzug rechnen.

Zwischenzeitlich wurde auf Empfehlung des Rates der Verein e „Partnerschaft Gisunzu/Ostbevern e.V.“ gegründet. Deshalb ist es konsequent, zur Förderung der Ziele des Vereins 500 Euro auf Antrag der SPD in den Haushalt einzustellen.

Einen Antrag der FDP-Fraktion zum Bau einer Überdachung als Witterungsschutz haben wir nicht mitgetragen, da davon auszugehen ist, dass bei schlechten Witterungsverhältnissen die Skateranlage ohnehin aus Gründen der Unfallverhütung nicht genutzt werden sollte. Die gleichzeitig beantragte Verlegung der Half-Pipe von jetzigen Standort zur Skateranlage am Beverstadion haben wir nicht nur aus Kostengründen abgelehnt, da wir durch die unterschiedlichen Standorte zusätzlich eine Entzerrung erwarten.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich feststellen, das nur durch das ehrenamtliche Engagement vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Angebot aufrecht erhalten werden kann, das die Lebensqualität innerhalb unserer Gemeinde erheblich steigert. Ohne dieses Engagement könnte die Gemeinde die Vielfalt der Aktivitäten nicht sicherstellen. Deshalb danken wir allen Beteiligten

für ihren selbstlosen Einsatz und bedanken uns für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Von den herausragenden Ausgabepositionen nun zu den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes.

Bei den gemeindlichen Steuern haben wir die Hebesätze auf dem bisherigen Stand belassen und bei den daraus resultierenden Haushaltsansätzen die Plan- bzw. Istdaten zu Grunde gelegt. Wir alle hoffen, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2005 so entwickeln werden, dass mindestens die Haushaltsansätze erreicht werden. Über die Möglichkeit, diese Ansätze zu übertreffen, würden wir uns sehr freuen, wagen es aber nicht, bei den derzeit existierenden – und zu einem Großteil auch von der Politik in Bund und Land zu vertretenden – wirtschaftlichen Rahmenbedingungen höhere Einnahmen einzuplanen.

Leider sinkt auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer nach einem bereits in 2004 vollzogenem Rückgang erneut in 2005 um nahezu 200.000 Euro. Dies hat seinen Ursprung u. a. in den erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen. Ob die Haushaltsplandaten, die auf den Prognosen des Landes bezüglich der erwarteten Einkommenssteuereinnahmen basieren, eintreten werden, bleibt abzuwarten. Wir jedenfalls sind skeptisch bei Planungswerten des Landes bzw. Bundes, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass angenommene Planungsansätze bzgl. Steueraufkommen oder auch Arbeitslosenzahlen zu optimistisch angesetzt wurden, was zu erheblichen Haushaltslöchern führte. Hoffentlich werden wir nach den Landtagswahlen in NRW nicht mit einer Wahrheit konfrontiert, die eine erneute Korrektur nach unten notwendig macht.

Ähnliche Risiken sehen wir auch bei der weiteren Entwicklung der Schlüsselzuweisungen. Hier dezimieren nicht nur höhere Gewerbesteuererinnahmen die Zuweisungen des Landes, sondern Steuermindereinnahmen des Jahres 2003 wurden kreditiert und jetzt mit unserem Gemeindeanteil in Abzug gebracht. Für 2006 stehen nochmals kreditierte Steuermindereinnahmen aus 2004 und 2005 zum Abzug an, was faktisch eine mittelfristige und gleichzeitig sichere Planungsaussage bei den Schlüsselzuweisungen unmöglich macht. Hier muß die Frage erlaubt sein, ob sich die Landesregierung und die sie tragenden Parteien nicht vor den Landtagswahlen vor einer neuerlichen und auch peinlichen Diskussion zu optimistischen Planungsdaten bei den Steuereinnahmen zur Darstellung des Haushaltsausgleichs 2004/2005 und der daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die gemeindlichen Schlüsselzuweisungen drücken wollen.

Leider war es nicht möglich die gemeindlichen Gebührensätze konstant zu halten. Während sich die Erhöhungen für Abwasser sowie Straßenreinigung in Grenzen hielten, war eine überproportionale Erhöhung der Müllabfuhrkosten infolge gestiegener Logistikkosten sowie die biologische Vorbehandlung des Restmülls bei der AWG zu verzeichnen. Hier ist festzustellen, das nicht die Abfallpolitik der Gemeinde für die nahezu 25 prozentige Gebührenerhöhung verantwortlich ist. Vielmehr ist der hohe Umweltstandard, den die Landesregierung – hier insbesondere Frau Höhn – geschaffen hat, der Grund für den kräftigen Griff in die Tasche unserer Bürger.

Die durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Steuererhöhung für Spielautomaten innerhalb der Spielhalle werden wir innerhalb der Fraktion beraten. Für die Festsetzung eines Haushaltsansatzes, der über den Entwurf hinausgeht, sehen wir uns in der Kürze der Zeit außerstande, da wir uns noch über die Bandbreite der Steuersätze anderer Gemeinden informieren wollen.

Im Vermögenshaushalt wird die zunächst für 2007 vorgesehene Anschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges auf 2006 vorgezogen und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200000 Euro im Haushalt festgeschrieben. Damit wird die funktionsgerechte Ausstattung unserer Wehr im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerschaft gewährleistet. Ein Vorziehen der Neuinvestition wurde auch durch die positive Haushaltsrechnung 2004 begünstigt.

Die bereits realisierten Projekte der Regionale 2004 finden immer mehr Akzeptanz innerhalb unserer Bevölkerung, insbesondere die Erweiterung des Rundwanderwegenetzes erfährt besonderen

Anklang. Trotz dieser positiven Auswirkungen für unsere Gemeinde sehen wir – wie auch vom Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes ausgeführt – das Regionaleprojekt als abgeschlossen an.

Die angesetzten Mittel für verkehrstechnische Maßnahmen sowie die Schaffung neuer Stellplätze am Bahnhof Ostbevern werden von uns mitgetragen, wobei die Entscheidung über den Bau einer Fußgängerbrücke über die Bever an der Franz-von-Assisi-Grundschule nach Auswertung des Erfahrungsberichtes „Kreuzungsneugestaltung“ erst im Sommer 2005 gefällt wird. Für den Ausbau eines Gehweges entlang der Wischhausstraße bis hin zum Asylantenwohnheim werden auf unseren Antrag hin ausreichend Mittel zur Deckung von Materialkosten in den Haushalt eingestellt. Die Ausführung soll nach Möglichkeit – ähnlich wie beim Radwegbau an der Milter Str. – in Eigenleistung erfolgen.

Der Haushalt 2005 ist ein Sparhaushalt, der sich auf das Notwendigste beschränkt und keinen Raum läßt für Wünsche, die auch wir gern realisieren würden. Darum war es uns auch nicht möglich, allen Anträgen aus den Reihen der Opposition zuzustimmen.

Ihnen, Herr Hoffstädt, danken wir für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit in der zurückliegenden Zeit.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2005 mit den in den Haushaltsberatungen vorgenommenen Änderungen zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 17. März 2005, 18.00 Uhr
- Es gilt das gesprochene Wort -